

INTERVIEW

Neue UBS: «Dieses Risiko ist völlig inakzeptabel»

Nach der CS-Übernahme strotzt die UBS vor Selbstbewusstsein. Der heutige Erfolg sei aber keine Garantie für die Zukunft, warnt der Wirtschaftsprofessor Aymo Brunetti. Eine weitere UBS-Rettung könnte sich die Schweiz nicht leisten. Im schlimmsten Fall drohe der Staatsbankrott.

Interview: Guido Schätti 02.09.2023, 21.45 Uhr



Der Berner Wirtschaftsprofessor Aymo Brunetti ist der Vater der Grossbankenregulierung in der Schweiz.

Donato Caspari / chmedia

Würden Sie der UBS Ihr Geld anvertrauen?

Durchaus. Da sehe ich kein Problem. So weit ich das beurteilen kann, hat sich die UBS nach der Finanzkrise gut aufgestellt. Sie hat heute ein überzeugendes Geschäftsmodell und ein kompetentes Management.

Von Ihnen stammt die Aussage, die UBS sei zu gross für die Schweiz. Konsequenterweise müssten Sie auch als Kunde die Bank meiden.

Mir geht es nicht um die Sicht des Kunden, sondern um die Schweizer Volkswirtschaft. Die Frage ist, welche Risiken wir mit der UBS gesamtwirtschaftlich eingehen und wie fair die Bedingungen sind.

Wie gefährlich ist die UBS für die Schweiz?

Es ist heute glasklar, dass die UBS faktisch eine Staatsgarantie hat. Vor der CS-Rettung im März ging man davon aus, dass eine Grossbank in einer Krise regulär abgewickelt würde. An den Plänen hatte man jahrelang gearbeitet. Nun hat aber der Staat in einer Rettungsaktion eingegriffen. Das ist ein klares Signal, dass die UBS nach heutigem Wissensstand erneut vom Staat gerettet würde, wenn sie in Schwierigkeiten geriete. Anders als im März gibt es keine andere Schweizer Bank mehr, die sie übernehmen könnte.

Zur Person



Aymo Brunetti

Nach dem Fast-Kollaps der UBS 2008 leitete der Berner Wirtschaftsprofessor die vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe zur Lösung der Too-big-to-Fail-Problematik. Brunetti gehörte weiteren Expertengruppen des Bundes zur Zukunft des Finanzplatzes an. Der gebürtige Baselbieter doktorierte bei Silvio Borner, mit dem er verschiedene Bücher verfasste, darunter «Schweiz AG – vom Sonderfall zum Sanierungsfall». Von 2003 bis 2012 leitete er die Direktion für Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Brunetti ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Durch die Fusion sind die Risiken also noch gewachsen?

Genau. Die breite Wahrnehmung scheint mir zu sein, dass man keine Alternative mehr hätte zur Staatsrettung. Man muss sich die Risiken vor Augen führen: Die Bilanz der UBS ist doppelt so gross wie die jährliche Wirtschaftsleistung der Schweiz. Bei einer Übernahme würde der Staat mit Hunderten von Milliarden Franken im Risiko stehen. Er müsste dann wohl eine Bank führen, die wegen einer Krise dysfunktional ist und unter massivem Vertrauensverlust leidet. Dieses Risiko ist völlig inakzeptabel.

Die UBS-Rettung könnte die Solidität des staatlichen Haushaltes ernsthaft gefährden und den Bund im Extremfall in die Nähe eines Staatsbankrotts bringen.

“

**Die Gefahr ist gross, dass wir irgendwann
wieder in einer ähnlichen Situation
landen wie bei der CS.**

”

Sie sagen aber selbst, dass die Bank heute sehr solide dastehe. Sie schreibt seit Jahren Gewinne und gehört zu den am besten bewerteten Banken Europas.

Das stimmt alles. Nur ist das keine Garantie für die Zukunft. Die CS befand sich 2009 in derselben Situation wie heute die UBS. Sie hatte die Finanzkrise gut überstanden und genoss grossen Respekt. Auch bei der UBS ist der künftige Erfolg nicht garantiert. Die Gefahr ist gross, dass wir irgendwann wieder in einer ähnlichen Situation landen wie bei der CS.

Ihre Aussagen lassen nur einen Schluss zu: Die UBS ist zu gefährlich für die Schweiz und muss ihren Sitz ins Ausland verlegen.

Für einen solchen Schluss ist es zu früh. Zuvor müssen wir die Frage klären, ob die UBS in einem Krisenfall ohne Staatshilfe in den Konkurs geschickt werden könnte. Dafür brauchen wir eine gründliche Analyse. Vielleicht stellt man fest, dass es noch Anpassungen braucht, kommt aber zum Schluss, dass die Abwicklung funktionieren könnte. Das wäre die bestmögliche Lösung. Dann ist die Grösse der Bank ein kleineres Problem. Kommt man aber zum Befund, dass das Regime grundsätzlich nicht funktioniert, dann muss man die Sicherheitspuffer etwa bei den Kapitalvorschriften massiv verschärfen. Ziehen andere Länder nicht nach, wird das dazu führen, dass die Schweiz nicht mehr attraktiv ist als Hauptsitz für die UBS.

Das Problem ist doch, dass wir nie herausfinden werden, ob die Abwicklung ohne Staatshilfe funktioniert, ohne dass man sie testet.

Gewissheit wird man nicht haben, aber eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass es funktioniert, ist wohl schon ein realistisches Ziel. Allein aus der Tatsache, dass noch nie eine global systemrelevante Bank abgewickelt wurde, können wir nicht schliessen, dass es unmöglich ist.

Wer soll entscheiden, ob die Pläne in der Krise taugen?

Das Financial Stability Board (FSB), die internationale Gemeinschaft der Regulatoren, hat nach der CS-Rettung eine vertiefte Analyse des Abwicklungsregimes angekündigt. Bevor die Ergebnisse – wohl noch in diesem Herbst – vorliegen, sollten wir keine Schnellschüsse machen.

“

Mit der Staatsrettung hat man das getan, wovon man zehn Jahre lang sagte, man wolle es nicht mehr tun. Mir wäre aus heutiger Sicht die Abwicklung lieber gewesen.

”

Die vom Bund nach dem CS-Debakel eingesetzte Expertengruppe um Yvan Lengwiler kam in ihrem Bericht vom Freitag zum Schluss, dass die Abwicklung möglich gewesen wäre. Teilen Sie die Einschätzung?

Dieser Befund setzt zumindest einmal einen deutlichen Kontrapunkt zu bisherigen medialen und zum Teil auch offiziellen Verlautbarungen, dass eine globale Abwicklung nicht funktionieren könnte. Allerdings beruht die Einschätzung auf ein paar wenigen Expertenmeinungen. Hier würde ich schon noch die vertiefte Analyse vor allem des FSB abwarten, ob es funktioniert hätte und vor allem, welche Reformen nötig sein werden, damit eine globale Abwicklung in plausiblen alternativen Krisenszenarien mit grosser Wahrscheinlichkeit erfolgreich sein kann.

Hätten Sie die Abwicklung bevorzugt?

Mit der Staatsrettung hat man genau das getan, wovon man zehn Jahre lang sagte, man wolle es nicht mehr tun. Mir wäre aus heutiger Sicht die Abwicklung lieber gewesen, ich verstehe aber, dass man das Risiko nicht eingehen wollte. Der Stress und der Zeitdruck waren enorm.

Die Fusion hatte den Vorteil, dass sich die Situation nach einem turbulenten Wochenende sofort beruhigte.

Das Ziel der Finanzmarktstabilität hat man erreicht, allerdings zu hohen Kosten. Das Abwicklungsregime wurde infrage gestellt, und es brauchte eine staatliche Garantie.

Im Vergleich mit der UBS-Rettung vor 15 Jahren war die CS-Übernahme minimalinvasiv.

Das sehe ich anders. Ordnungspolitisch ist der Sündenfall vergleichbar. Der Staat übernahm eine Verlustgarantie von 9 Milliarden Franken, und die Nationalbank stellte ohne genügende Sicherheiten 100 Milliarden Liquidität zur Verfügung. Der Steuerzahler stand wie schon 2008 im Risiko.

“

Das ist wie im Casino - auch wenn man gewinnt, ist das Risiko enorm.

”

Aber nur für kurze Zeit. Die UBS hat die Garantien schon vor Wochen beendet.

Das ändert nichts am Subventionscharakter. Auch 2008 verkaufte der Bund seine Anteile an der UBS relativ schnell. Und dass der Staat einen Gewinn machte, ändert nichts am Problem. Das ist wie im Casino – auch wenn man gewinnt, ist das Risiko enorm. Dass es in beiden Fällen eine massive Subvention war, sieht man daran, dass keine private Unternehmung bereit war, das Risiko einzugehen.

Alle zeigen auf die UBS. Gleichzeitig hat die Schweiz aber 21 Kantonalbanken mit unbeschränkter Staatsgarantie.

Die Staatsgarantie der Kantonalbanken ist ein Ärgernis. Sie stammt aus Zeiten, als die Schweiz wenig Banken hatte und man Regionen entwickeln wollte. Heute ist das ein alter Zopf ohne Existenzberechtigung. Man sollte die Staatsgarantie überall abschaffen. Einen Unterschied gibt es allerdings: Die Staatsgarantien werden von den Kantonalbanken zu einem gewissen Grad abgegolten. Das ist bei der UBS nicht der Fall.

Wie viel ist die Staatsgarantie der UBS wert?

Sie dürfte mehrere Milliarden jährlich wert sein, vor allem da sich die Bank am Kapitalmarkt günstiger finanzieren kann. Seit der CS-Übernahme sind diese impliziten Subventionen für die UBS wohl gestiegen. Sowohl das Management wie Investoren wissen, dass die Bank in der Krise gerettet würde. Das schafft Fehlanreize – und es ist auch komplett unfair gegenüber anderen Unternehmen. Eine Schreinerei wird nicht vom Staat gerettet, wenn sie in Schwierigkeiten gerät.

UBS-Chef Sergio Ermotti ist kein Freund von scharfen Regulierungen. Er forderte in der Vergangenheit, die Finma müsse vor allem auch einen

Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes leisten. Ist er der richtige Mann an der Spitze der Grossbank?

Das kann ich nicht beurteilen. Die Vorstellung, dass die Finma für die Wettbewerbsfähigkeit zuständig sein soll, ist aber hoch problematisch. Ihre Aufgabe ist, für die Stabilität des Finanzsektors zu sorgen. Natürlich wird ein Regulator nie populär, jede Regulierung ist eine Einschränkung. Von der Finanzstabilität profitiert aber auch die Branche. Ein funktionierender Finanzplatz setzt einen starken Regulator voraus.

Die CS tanzte der Finma jahrelang auf der Nase herum und foutierte sich um Anordnungen. Mit der Fusion steigt das Machtgefälle zwischen Industrie und Aufsicht weiter. Wie lässt sich das ändern?

Heute hört man oft, sie hätte bei der CS viel früher eingreifen sollen. Den Vorwurf halte ich für unberechtigt. Man hätte gesagt, die Finma habe eine funktionsfähige Bank geschlossen. Denn die Vorgabe lautete, dass die Finma nicht eingreift, solange die Banken die Anforderungen an Kapital und Liquidität erfüllen. Daraus müssen wir die Lehren ziehen: Die Finma soll bereits aktiv werden können, wenn zum Beispiel der Börsenkurs abstürzt oder Prämien für Kreditausfallversicherungen explodieren.

Reicht das?

Mit der Digitalisierung haben Bank-Runs eine neue Qualität erhalten. Eine Bank kann buchstäblich am Morgen noch liquide sein und am Abend quasi ohne Geld dastehen. Der Fall CS zeigt, dass Liquidität noch wichtiger ist, als man dachte. Die Banken sollten mehr Wertschriften halten, die sie im Krisenfall bei der Notenbank als Sicherheiten hinterlegen können, um rasch Liquidität zu erhalten. Zudem würden wohl Fristen beim Abzug von Geldern helfen. Die Kunden sollten nicht mehr sämtliches Geld sofort abziehen können. Natürlich muss dies durch höhere Zinsen entschädigt werden.

Die Expertengruppe Lengwiler sieht keinen Bedarf nach höheren Eigenmitteln. Was halten Sie davon?

Grundsätzlich wären höhere Kapitalpuffer auf jeden Fall sehr sinnvoll, einfach weil sie die Wahrscheinlichkeit einer Krise und alle damit verbundenen Risiken reduzieren. Wie stark die Erhöhung sein sollte, hängt für mich davon ab, als wie wahrscheinlich man die Machbarkeit einer Abwicklung der Bank im Krisenfall erachtet. Je weniger man auf diesen Mechanismus vertraut, desto höhere Puffer braucht es, damit man die Wahrscheinlichkeit eines Krisenfalles minimiert. Kommt man gar zur Einschätzung, dass eine globale Abwicklung nicht möglich wäre, dann sind meines Erachtens Eigenkapitalquoten von 20 Prozent oder höher, wie sie zum Teil gefordert werden, notwendig.

Was halten Sie von einer Grössenbeschränkung für die Banken – etwa bei der Hälfte des BIP?

Wenig. Solche Beschränkungen sind zwar effektiv, aber auch teuer, einschränkend und willkürlich. Niemand weiss, wo die richtige Grösse ist. Im heutigen Regime steigen die Kapitalanforderungen bereits überproportional mit der Grösse. Ich würde eher die Progression dieses Systems erhöhen, als fixe Grenzen einzuführen.

NZZ am Sonntag, Wirtschaft

Weiterlesen

INTERVIEW

«Ein Konkurs der CS hätte die Schweizer Einlagensicherung überfordert»

Wie sicher sind unsere Bankguthaben? Die Schweizer Einlagensicherung sei nicht krisentauglich, sagt der frühere Finma-Kadermann Reto Schiltknecht. Bei einer grossen Bankenpleite müsste der Bund wieder zu Notrecht greifen.

Interview: Guido Schätti

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.